

Pressespiegel vom 03.01.2012

Mitteldeutscher Rundfunk

Neonazi-Aufmärsche in Dresden: Tillich fordert friedlichen Protest ohne Blockaden

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich hat Menschen in ganz Deutschland zum Protest gegen die Neonazi-Aufmärsche im Februar in Dresden aufgerufen. Von Dresden solle ein Signal ausgehen, dass es in der Stadt keinen Platz für Neonazis gibt. Auch über Parteigrenzen hinaus gelte es, ein Zeichen zu setzen. Tillich betonte, wie wichtig es sei, dass die Proteste friedlich bleiben. Blockaden seien kein geeignetes Mittel. Proteste in Sicht- und Hörweite der Rechtsextremen sollten aber ermöglicht werden.

Tillich: Rechtsextremismus darf nicht toleriert werden

Der CDU-Regierungschef erinnerte daran, dass die Rechtsextremen den Jahrestag der Zerstörung Dresden am 13./14. Februar 1945 schon seit den 1990er-Jahren für ihre Zwecke missbrauchen. Seiner Ansicht nach war die Bürgerschaft anfangs nicht entschlossen genug, diesem Spuk ein Ende zu setzen. Jetzt stünden alle in der Pflicht, das zu tun - aber nur mit friedlichen Mitteln. Die Bürger dürften Rechtsextremismus in keiner Weise tolerieren. Je mehr Menschen an den Gegendemonstrationen teilnehmen, umso größer ist nach den Worten von Tillich die Wahrscheinlichkeit, dass die Rechtsextremen keine weiteren Demonstrationen in Dresden veranstalten möchten.

Aktionsbündnis will Aufmärsche blockieren

Die Aufzüge der Rechtsextremen sind für den 13. und 18. Februar angemeldet. Das Aktionsbündnis "Dresden-Nazifrei" will das verhindern und vor allem den Aufmarsch am 18. Februar blockieren. Deshalb hat das Bündnis die bundesweite Mobilisierungskampagne "Aller guten Dinge sind drei - Block Dresden 2012" gestartet. Auch zahlreiche Prominente und Vereine unterstützen die Blockierungsaktion, unter ihnen Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Thierse (SPD), Katrin Göring-Eckardt (Grüne) und Petra Pau (Linke) sowie die Rockband "Die Ärzte", die "Aktion Sühnezeichen Friedensdienste", die DGB-Jugend und die "Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus".

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Blockierer

Im vergangenen Jahr kam es am Rande der Aufmärsche zu gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Rechts- und Linksextremisten und der Polizei. Es gab Hunderte Verletzte. Wie schon im Jahr zuvor konnten die Rechtsextremen allerdings nicht durch die Innenstadt marschieren, weil Zehntausende Menschen die Straßen blockierten. Dabei gab es auch zu Auseinandersetzungen zwischen Blockierern und der Polizei. Die Staatsanwaltschaft leitete daraufhin gegen zahlreiche Blockierer Ermittlungsverfahren ein.

Ermittelt wird unter anderem gegen den Fraktionschef der sächsischen Linken, André Hahn. Nachdem der Sächsische Landtag seine Immunität im Oktober 2011

aufgehoben hat, soll er nun wegen seiner Teilnahme an den Protesten auf die Anklagebank. Die Staatsanwaltschaft sieht in Hahn einen Rädelsführer der Blockaden. Auch der Fraktionschef der Thüringischen Linken, Bodo Ramelow, steht im Fokus der Ermittlungsbehörden. Seine Immunität wurde ebenfalls aufgehoben. Gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König hat die Staatsanwaltschaft Dresden sogar schon Anklage erhoben. Ihm wird schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen. Der Pfarrer soll bei den Protesten zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen haben.

Zuletzt aktualisiert: 03. Januar 2012, 13:48 Uhr
<http://www.mdr.de/sachsen/februar-protest100.html>

MDR 1 Radio Sachsen – Nachrichten

Tillich ruft Menschen zum Protest gegen Neonazis auf

Dresden - Sachsens Ministerpräsident Tillich hat Bürger aus ganz Deutschland zum friedlichen Protest gegen die Dresdner Neonazi-Aufmärsche im Februar aufgerufen. Von Dresden solle ein Signal ausgehen, dass es in dieser Stadt keinen Platz für Neonazis gibt. Oberstes Interesse sei, dass die Proteste friedlich bleiben. Blockaden seien kein geeignetes Mittel. Proteste in Sicht- und Hörweite der Rechtsextremen sollten aber ermöglicht werden, so Tillich. - Rechtsextremisten haben für diesen Februar Aufzüge am 13. und 18. Februar angemeldet.

<http://www.mdr.de/sachsen/nachrichten102.html#anchor1>

Dresdner Neueste Nachrichten

Ministerpräsident Tillich ruft Menschen zum Protest gegen Dresdner Neonazi-Aufmärsche auf

dpa / sl

Dresden. Der sächsische Regierungschef Stanislaw Tillich (CDU) hat Bürger aus ganz Deutschland zum friedlichen Protest gegen die Dresdner Neonazi-Aufmärsche im Februar aufgerufen. „Von Dresden soll ein Signal ausgehen, dass es in dieser Stadt keinen Platz für Neonazis gibt“, sagte er am Dienstag. Auch über Parteigrenzen hinaus gelte es, ein Zeichen zu setzen. „Es ist unser oberstes Interesse, dass die Proteste friedlich bleiben.“ Blockaden seien kein geeignetes Mittel. Proteste in Sicht- und Hörweite der Rechtsextremen sollten aber ermöglicht werden.

Der Jahrestag der Zerstörung Dresden am 13./14. Februar 1945 wird von Rechtsextremisten seit Jahren für politische Propaganda in eigener Sache missbraucht. Für diesen Februar wurden Aufzüge am 13. und 18. Februar angemeldet. Allerdings soll es in diesem Jahr am 18. Februar auch erstmals eine große Gegenkundgebung der demokratischen Parteien und Initiativen geben, was in den vergangenen Jahren stets gescheitert war. Streitpunkt sind auch in diesem Jahr die geplanten Blockaden des Bündnisses Dresden-Nazifrei, das bereits angekündigt, auch 2012 die Neonazis am Marschieren hindern zu wollen.

Am 19. Februar 2011 war es zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen, bei denen nach Polizeiangaben auch mehr als 100 Beamte verletzt worden waren.

Rechts- und Linksextremisten gingen brutal auf Beamte los. Allerdings gab es auch heftige Kritik, zum Beispiel weil es der Polizei nicht gelang, einen Angriff von mehr als 100 Neonazis auf ein linkes Wohnprojekt in Dresden-Löbtau zu verhindern. Durch die großflächige Überwachung von Handy-Daten sowie Prozesse gegen Blockierer sorgen die Vorfälle noch immer für juristische Aufregung.

Allerdings protestierten auch mehrere tausend Menschen friedlich. Wie schon 2010 konnten die Neonazis nicht durch die Stadt marschieren, weil zahlreiche Gegendemonstranten die Straßen blockierten.

Tillich erinnerte daran, dass die Rechtsextremen den 13. Februar schon seit den 90er Jahren für ihre Zwecke in Anspruch nehmen. „Die Bürgerschaft war nicht entschlossen genug, diesem Spuk von Anfang an ein Ende zu setzen. Jetzt stehen wir in der Pflicht, das zu tun - aber nur mit friedlichen Mitteln“, sagte der 52 Jahre alte Politiker. Die Bürger dürften Rechtsextremismus in keiner Weise tolerieren. Die massenhafte Teilnahme könne dazu beitragen, den Wunsch der Neonazis nach weiteren Demonstrationen in Dresden verschwinden zu lassen.

© DNN-Online, 03.01.2012, 09:18 Uhr

<http://www.dnn->

[online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/Ministerpraesident-Tillich-ruft-Menschen-zum-Protest-gegen-Dresdner-Neonazi-Aufmaersche-auf-2823529772](http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/Ministerpraesident-Tillich-ruft-Menschen-zum-Protest-gegen-Dresdner-Neonazi-Aufmaersche-auf-2823529772)
